

I. Anmeldung

TOP:

5.0

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 05.11.2014

öffentlich

Betreff:

Anwohnerschutz Klingenhofareal

Anlagen:

- Antrag der Stadtratsfraktion der CSU vom 15.09.2014 (Antrags-Nr. 228/2014)

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Aus den Gesprächen mit einem der Gesellschafter der ehemaligen Diskothek "Planet" und einer Orts-einsicht ist bisher nur bekannt, dass er dort wieder eine Diskothek, voraussichtlich mit anderem Na-men und Konzept, eröffnen will und dass Umbaumaßnahmen laufen. Eine neue Gaststättenerlaubnis wurde bislang nicht beantragt, über das künftige Konzept ist nichts bekannt.

Maßnahmen, sprich Auflagen, müssen erforderlich, geeignet und angemessen sein, schädliche Um-welteinwirkungen oder erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen zu verhindern. Dazu muss hinreichend begründet werden können, welche erheblichen Störungen auftreten (werden), was erst möglich ist, wenn das künftige Konzept bekannt ist. Dieses muss der Betreiber spätestens bei Bean-tragung der Gaststättenerlaubnis darlegen.

Die Straßensperre bestand bei Jugendveranstaltungen an Freitagen, Samstagen und vor Feiertagen von 23 Uhr bis 0.30 Uhr, bei Erwachsenenveranstaltungen an Samstagen und Sonntagen von 3 Uhr bis 6 Uhr und war mit 2 bis 3 Ordnern besetzt. Die Kosten der Straßensperre haben die Diskotheken (hauptsächlich das "Planet") getragen und sind nicht bekannt.

Eine Alkoholverbotszone nach Art. 30 LStVG kann erst eingerichtet werden, "wenn tatsächliche An-haltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dort auf Grund übermäßigen Alkoholkonsums regel-mäßig Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder Straftaten begangen werden". Solche tatsächlichen Anhaltspunkte liegen derzeit nicht vor und müssen durch konkrete Vorfälle belegt wer-den, was erst nach einer hinreichenden Zeit nach Inbetriebnahme möglich ist. Polizei und Ordnungs-amt werden die Entwicklung dahingehend genau beobachten.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1a. Finanzielle Auswirkungen:

☒ **Nein**

☐ **Ja**

☐ **Noch offen, weil**

Kosten:

☐ noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	☐ begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	☐ dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

☐ **Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ **Nein**

☐ **Ja** im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

☐ **Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

☐ **Nein**

☒ **Ja**

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

☒ **Nein**

☐ **Ja:**

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

☐ **Ref. I / OrgA**

☐ Deckungsvorschlag akzeptiert

☐ keine Stellendeckung vorhanden

☐ Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

☐ **Ref. II / Stk**

☐ Deckungsvorschlag akzeptiert

☐ keine Haushaltsmittel vorhanden

☐ Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐☐☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. VII**

Nürnberg,
Oberbürgermeister

Malu

(5003)

5330